



Drunter und drüBER

Berlins Pannenflughafen soll endlich einen Geburtsstermin erhalten. **Seite 2**

Foto: dpa/Bernd Settink

Erholung und Zuflucht

Heideruh bietet politisch Verfolgten seit fast 100 Jahren Asyl. **Seite 3**

Links und konservativ

Emotion und Eigensinn: Norbert Blüm, der sich als linken Konservativen bezeichnet, fordert: »Verändert die Welt, aber zerstört sie nicht.« **Seite 16**



Foto: imago/Future Image

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 15. Dezember 2017

72. Jahrgang/Nr. 292

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Für den offenen Sozialstaat!

Simon Poelchau über wachsende Einkommensungleichheit

Ist der Wohlfahrtsstaat noch zu retten? Hoffentlich ja. Denn angesichts der von Thomas Piketty und seinem Team vorgestellten Daten ist dies notwendiger denn je. Überall auf der Welt nimmt die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen nämlich zu.

Auch wenn der Wohlfahrtsstaat keine perfekte Lösung ist, so ist er eine zentrale Umverteilungsinstanz – und seit Jahrzehnten von neoliberaler Seite unter Beschuss. Gleichzeitig gibt es aber auch unter Linken Stimmen, die sagen, dass die Zeiten des Wohlfahrtsstaats gezählt seien. In Zeiten des globalen Kapitalismus brauche es eine globale Perspektive, weshalb der Wohlfahrtsstaat ausgedient habe. So sympathisch dieses Argument zunächst erscheint, so fragt man sich doch, wie diese Perspektive aussehen soll. Weltrevolution? Unterdessen wird einem von neoliberaler Seite seit Jahrzehnten eingetrichtert, dass der Sozialstaat auf Grund der Standortkonkurrenz nicht mehr finanzierbar sei. Wohin das führte, zeigen eben auch Pikettys Zahlen: Zu einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich.

Gleichzeitig muss der Sozialstaat aber auch gegen jene verteidigt werden, die meinen, er gelte nur für Deutsche. Denn soziale Rechte müssen für alle Menschen gelten, die hier wohnen und hierherkommen. Insofern sollten eigentlich alle Linken für einen offenen Sozialstaat eintreten – offen für alle. Und woher die Mittel dafür genommen werden müssen, sollte eigentlich auch klar sein: von oben.

UNTEN LINKS

Immer wieder stellt uns die **Justiz** vor interessante kulturphilosophische Fragen, die im Feuilleton der Tageszeitungen jedoch meist zu kurz kommen. Nehmen wir einmal unverbindlich an, Sie stehen kurz vor einer komplizierten Operation, einer Lebertransplantation etwa. Stellen Sie sich jetzt noch vor, es läuft eigentlich alles glatt, aber Sie müssen nach ein paar Monaten noch mal operiert werden, und der dann behandelnde Arzt stellt fest, dass in Ihre neue Leber zwei Buchstaben eingelassen sind. Da steht also »SB«. Die Initialen ihres Transplantationspezialisten von damals. Nicht weiter schlimm, ist ja nichts passiert, denkt sich der normale Mensch. Jeder Künstler, der etwas auf sich hält, egal ob Sprayer oder van Gogh, hinterlässt seinen Namen auf dem vollendeten Werk. Nur ein Kunstbanause allerhöchster Ordnung kann auf die Idee kommen, vor Gericht zu behaupten, ein solcher Akt sei Körperverletzung und ein ethischer Totalausfall eines der größten Narzissten unserer Zeit. *cod*

Immer weiter auseinander

In Deutschland ist die soziale Ungleichheit so groß wie zuletzt zu Kaisers Zeiten



Foto: iStock/mrgao

Berlin. Wo sich der Staat aus der Wirtschaft zurückzieht, wächst die Kluft zwischen Arm und Reich. »Die zunehmende Einkommensungleichheit und die groß angelegte Umwandlung von öffentlichem Vermögen in privates Vermögen in den letzten 40 Jahren haben zu steigender Vermögensungleichheit zwischen Individuen geführt«, schreibt ein Ökonomen-Team um den renommierten Verteilungsforscher Thomas Piketty in einer am Donnerstag in Paris vorgestellten Studie. Demnach ist die Einkommensungleichheit in Nordamerika, China, Indien und Russland seit 1980 besonders rasant gestiegen.

Doch auch hierzulande geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung können in Deutschland mittlerweile rund 40 Prozent des gesamten Einkommens auf sich vereinen. So viel vom Kuchen bekam diese Schicht auch im Jahr 1913 ab – zu Zeiten von Kaiser Wilhelms II. Das ganze 20. Jahrhundert hindurch bis zur Gegenwart konzentrierte sich das Einkommen in den Händen von Unternehmensbesitzern.

Vor allem seit der Jahrtausendwende nahm die Konzentration bei den Einkommen zu. So fiel der Anteil der unteren Bevölkerungshälfte

von 22 Prozent im Jahr 2001 auf 17 Prozent 2013. »Ein Trend, der Hand in Hand ging mit dem Anwachsen des Niedriglohnssektors«, so die Autoren. Die reichsten zehn Prozent indes konnten ihren Anteil am Gesamteinkommen während der gesamten Nachkriegszeit vergrößern. So stieg der Anteil des obersten Prozents von 1983 bis 2013 um 40 Prozent, gleichzeitig sank er für die unteren 90 Prozent um zehn Prozent. Die Folge: 2013 lag das Durchschnittseinkommen bei 36 200 Euro – die obersten zehn Prozent bekamen im Schnitt 146 000 Euro, die untere Hälfte erhielt durchschnittlich 12 000 Euro. *spo*

Seite 9

Ferienflieger Niki bleibt am Boden

Weil Lufthansa den Air-Berlin-Deal teilweise platzen lässt, muss die Gesellschaft Insolvenz anmelden

Die Fluggesellschaft Niki gehört zu Air Berlin. Jetzt musste auch sie Insolvenz anmelden. Hintergrund ist eine geplatze Übernahme durch den Marktführer Lufthansa.

Von Florian Haenes

Nach der überraschenden Insolvenz der österreichischen Air-Berlin-Tochter Niki richten sich Schuldzuweisungen an die Wettbewerbsbehörden der Europäischen Union. Nachdem ein im Oktober abgegebenes Kaufangebot am Mittwoch von Lufthansa zurückgezogen wurde, musste die Niki noch am selben Abend Insolvenz anmelden und den Betrieb ihrer 21 Flugzeuge umgehend einstellen. Die EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager hatte wiederholt Bedenken wegen einer möglichen Wettbewerbsverzerrung bei einer Übernahme von Niki durch die Lufthansa geäußert. Damit begründete Lufthansa nun auch die

Rücknahme des Angebots. Eine schnelle Freigabe des Kaufs sei nicht zu erwarten gewesen.

Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) kritisierte das Scheitern der Übernahme: »Die Bundesregierung bedauert sehr, dass die Europäische Kommission ganz offenbar kein Einverständnis erteilen wollte.« Man habe sich eine einvernehmliche Lösung zwischen Lufthansa und EU gewünscht. Niki hatte nach der Insolvenz von Air Berlin den Betrieb nur aufrecht erhalten können, weil die Bundesregierung der Muttergesellschaft einen Überbrückungskredit gewährte. Auch der Generalbevollmächtigte von Air Berlin, Frank Kebekus, kritisierte die Kommission scharf und bezeichnete ihre Haltung als nicht nachvollziehbar.

Wie die EU-Kommission auf Anfrage von »neues deutschland« jedoch mitteilte, hatte Vestager bislang keine endgültige Entscheidung getroffen. Noch am Dienstag

betonte sie, die Untersuchung des Kaufangebots bis zum 21. Dezember fortführen zu wollen. Anzeichen für eine Ablehnung des Kaufs verdichteten sich aber. Schon in einem Schreiben im Oktober hatte die Kommission die Befürchtung geäußert, dass eine Übernahme von Niki durch die Lufthansa den Wettbewerb auf über 100 Flugrouten einschränken könnte. Das Unternehmen hatte sich daraufhin bereit erklärt, nur die Flotte der Niki zu übernehmen, die Start- und Landeslots aber aus dem Kaufvertrag auszuklammern. Der Kommission reichte das nicht: »Die gemachten Zusagen waren nicht ausreichend«, sagte Vestager am Donnerstag. Ein Interview der Kommissarin am Montag in der »Bild« konnte bereits als Drohung gedeutet werden. Ihr Büro werte derzeit interne E-Mails und Vorstandsprotokolle aus, hieß es. Es prüfe den Verdacht illegaler Vorabsprachen zwischen Lufthansa und Air Berlin.

Indes bekundete Österreichs Bundeskanzler Christian Kern, dass er Niki erhalten will. »Man wird sehen, ob es möglich ist, das Unternehmen aufzufangen, das wäre uns ein Anliegen.« Von der Pleite sind rund 1000 Mitarbeiter betroffen. Der Gründer des Unternehmens, Ex-Rennfahrer Niki Lauda, kündigte an, die Firma kaufen zu wollen. Auch die Thomas-Cook-Tochter Condor prüft erneut die Übernahme. *Seite 5*

Lesen Sie morgen im wochen-nd

Preisgekrönt: Alle Träger des Alternativen Nobelpreises 2017 im nd-Interview

Unkaputtbar: Loebners Spielzeugladen

Putin bewirbt sich als Unabhängiger

Pressekonferenz des russischen Präsidenten als Wahlkampfauftakt

Moskau. Vor der Präsidentschaftswahl in Russland 2018 hat sich Staatschef Wladimir Putin bei seinem jährlichen großen Presseauftakt als Garant der Stabilität präsentiert. Er werde nicht für eine Partei, sondern als unabhängiger Kandidat ins Rennen gehen, kündigte er am Donnerstag in Moskau an. Bei der fast vierstündigen Fragestunde mit etwa 1600 Journalisten kamen vor allem die Innenpolitik, aber auch Krisenherde wie Nordkorea zur Sprache. Putin kritisierte die USA, die sich nicht an Rüstungskontrollverträge hielten. Er hoffe, dass Präsident Donald Trump am Wunsch nach besseren Beziehungen mit Moskau festhalte.

Im Konflikt um das nordkoreanische Atomwaffenprogramm rief Putin die USA wie Nordkorea zur Zurückhaltung auf. Russland werde Nordkorea nicht als Atommacht anerkennen, sagte Putin, fügte aber hinzu: »Nordkorea sieht keinen anderen Weg, seine Existenz zu sichern.« Der Führung der Ukraine warf er vor, sich Gesprächen mit den Separatisten zu verweigern. *dpa/nd* *Seiten 4 und 7*

Offenbar Tausende Rohingya getötet

Ärzte ohne Grenzen bilanzieren Monat der Gewalt in Myanmar

Rangun. Erstmals seit Beginn der Krise um die muslimische Minderheit der Rohingya in Myanmar hat eine Hilfsorganisation die Zahl der Todesopfer beziffert: Allein im ersten Monat des gewaltsamen Vorgehens der Armee seien mindestens 6700 Angehörige der Minderheit getötet worden, teilten Ärzte ohne Grenzen am Donnerstag mit. Darunter seien mindestens 730 Kinder unter fünf Jahren. Die Zahl von 6700 Toten bezieht sich auf den Zeitraum vom 25. August bis zum 24. September. Mehr als zwei Drittel der Getöteten seien erschossen worden, fast jeder Zehnte wurde bei lebendigem Leib in seinem Zuhause verbrannt, fünf Prozent wurden zu Tode geprügelt. Die Regierung in Myanmar kommentierte die Zahlen der Hilfsorganisation auf Anfrage nicht.

Das Europaparlament hat Sanktionen gegen Myanmar gefordert. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten »gezielte Strafen« gegen Verantwortliche der myanmarischen Armee verhängen, hieß es am Donnerstag in einer Entschließung. *AFP/nd*

Streiks gegen neue Kürzungen

Griechen wehren sich mit Ausstand gegen soziale Einschnitte

Athen. Aus Protest gegen die harte Sparpolitik der Regierung unter Alexis Tsipras sind am Donnerstag in Griechenland die Mitglieder der größten Gewerkschaften des Landes in einen 24-stündigen Streik getreten. Allein in Athen gingen mehr als 20 000 Demonstranten auf die Straßen, wie die Polizei schätzte. Das Motto der Proteste lautete: »Armut, Steuern, Arbeitslosigkeit – ihr habt jede Grenze überschritten.« Der Protest richtet sich zudem gegen ein neues Gesetz, mit dem das Streikrecht eingeschränkt werden soll: Ein Streik soll nur dann legal sein, wenn 50 Prozent plus eine Stimme der Gewerkschaftsmitglieder dem zugestimmt haben. Bislang reichten 20 Prozent oder auch der Beschluss des Gewerkschaftsvorstandes. »Hände weg vom Streikrecht«, skandierten die Demonstranten. Das Gesetz soll in den nächsten Wochen vom Parlament gebilligt werden.

In Fernsehen und Rundfunk gab es wegen des Streiks keine Nachrichten, Fähren blieben in den Häfen, auch Bahnen fuhren nicht. *dpa/nd*

ISSN 0323-3375

